

**HESSISCHER LANDTAG**

01. 08. 2022

Plenum

Gesetzentwurf**Landesregierung****Gesetz zu dem Vertrag zwischen dem Land Hessen und dem Verband Deutscher Sinti und Roma, Landesverband Hessen**

Die Landesregierung legt mit Schreiben vom 28. Juli 2022 den nachstehenden, durch Kabinettsbeschluss vom 18. Juli 2022 gebilligten und festgestellten Gesetzentwurf dem Landtag zur Beschlussfassung vor. Der Gesetzentwurf wird vor dem Landtag von dem Hessischen Ministerpräsidenten vertreten.

A. Problem

Die deutschen Sinti und Roma stellen innerhalb der Bundesrepublik Deutschland eine anerkannte nationale Minderheit dar und stehen unter einem besonderen staatlichen Schutz. Besonders schutzbedürftig ist ihre ethnische, kulturelle, sprachliche und religiöse Identität. Grundlage hierfür ist das Europäische Rahmenübereinkommen zum Schutz nationaler Minderheiten.

Durch die Verfolgung und den Völkermord während der Herrschaft der Nationalsozialisten ergibt sich eine historische und politische Verantwortung des Landes gegenüber den Angehörigen dieser Minderheit. Die Hessische Landesregierung möchte mit dem neuen geänderten Staatsvertrag die Minderheit in den Bereichen des wirtschaftlichen, sozialen, politischen und kulturellen Lebens unterstützen und eine gleichberechtigte Teilhabe weiter fördern.

B. Lösung

Zustimmung zum Gesetz.

C. Befristung

Zehn Jahre.

D. Alternativen

Keine.

E. Finanzielle Auswirkungen

1. Auswirkungen auf die Finanz-, Vermögens- und Erfolgsrechnung

	Liquidität		Ergebnis	
	Ausgaben	Einnahmen	Aufwand	Ertrag
Einmalig im Haushaltsjahr	0	0	0	0
Einmalig in künftigen Haushaltsjahren	0	0	0	0
Haushaltsjahre 2023/2024	300.000 €	0	300.000 €	0
Laufend ab Haushaltsjahr 2023 Projektförderung	50.000 €		50.000 €	
Laufend ab Haushaltsjahr 2025	500.000 €		500.000 €	
Jährlicher Betrieb der Dauer- ausstellung Antiziganismus 2023/2024	50.000 €		50.000 €	
voraussichtlich ab dem Haus- haltsjahr 2025	150.000 €		150.000 €	
	(alle Beträge unter Haushaltsvorbehalt)			

Der Verband Deutscher Sinti und Roma wird im Rahmen des Vertrags institutionell bis 2024 mit 300.000 € jährlich gefördert. Durch den neuen Staatsvertrag wird der Betrag ab dem Haushaltsjahr 2025 um 200.000 € aufgestockt. Für den Betrieb der Dauerausstellung werden die jährlichen Kosten auf 150.000 € erhöht und den tatsächlichen Kosten ab 2025 angepasst.

2. Auswirkungen auf die mittelfristige Finanz- und Entwicklungsplanung

Die Erhöhung um 200.000 € ist in der mittelfristigen Finanzplanung zu berücksichtigen. Ebenso die Betriebskosten in Höhe von 150.000 €.

3. Auswirkungen für hessische Gemeinden und Gemeindeverbände

Keine

F. Unmittelbare oder mittelbare Auswirkungen auf die Chancengleichheit von Frauen und Männern

Keine.

G. Besondere Auswirkungen auf Menschen mit Behinderungen

Das Gesetz wurde am Maßstab der UN-Behindertenrechtskonvention überprüft. Es bestand kein Änderungsbedarf.

Der Landtag wolle das folgende Gesetz beschließen:

**Gesetz
zu dem Vertrag zwischen dem Land Hessen und dem
Verband Deutscher Sinti und Roma, Landesverband Hessen**

Vom

§ 1

Dem Vertrag zwischen dem Land Hessen und dem Verband Deutscher Sinti und Roma, Landesverband Hessen, vom 23. Mai 2022 wird zugestimmt. Der Vertrag wird nachstehend mit Gesetzeskraft veröffentlicht.

§ 2

(1) Dieses Gesetz tritt am Tag nach der Verkündung in Kraft.

(2) Der Tag, an dem der Vertrag nach seinem Art. 11 Abs. 3 Satz 2 in Kraft tritt, ist im Gesetz- und Verordnungsblatt für das Land Hessen bekanntzugeben.

Begründung:

A. Allgemeines

Der zwischen dem Land Hessen und dem Verband Deutscher Sinti und Roma, Landesverband Hessen geschlossene Staatsvertrag vom 6. September 2017 ist bis zum 31.12.2022 befristet. Die Landesregierung hat die Absicht diesen auch künftig fortzuführen und hat daher einen Folgevertrag in Abstimmung mit dem Verband Deutscher Sinti und Roma, Landesverband Hessen am 23. Mai 2022 unterzeichnet. Vom Landesverband wurde der Wunsch vorgetragen, dass man hinsichtlich der Anerkennung der besonderen Situation der Sinti und Roma in Hessen, wie in anderen Ländern auch eine von der jeweiligen Regierungsmehrheit unabhängige und über die Legislaturperiode hinaus dauernde Sicherheit hinsichtlich der Anerkennung der besonderen Umstände wie auch der finanziellen Unterstützung, erwartet. Daher soll die Laufzeit des neuen Staatsvertrags auf zehn Jahre erweitert werden.

Der Unterzeichnung ist eine Evaluation des bisherigen Staatsvertrags vorausgegangen. Dabei wurden die Ressorts der Landesregierung beteiligt. Dies hat im Wesentlichen redaktionelle Veränderungen zur Folge.

Die deutschen Sinti und Roma stellen innerhalb der Bundesrepublik Deutschland eine anerkannte nationale Minderheit dar und stehen unter besonderem staatlichen Schutz, hinsichtlich ihrer ethnischen, kulturellen, sprachlichen und religiösen Identität.

Durch die Unterdrückung und den Völkermord im Dritten Reich, während derer Sinti und Roma als „Zigeuner“ verfolgt und rund eine halbe Million Menschen dieser Minderheit während der Herrschaft der Nationalsozialisten in Konzentrationslagern systematisch ermordet wurden, ergibt sich eine historische und politische Verantwortung gegenüber den Angehörigen der Sinti und Roma.

Die Hessische Landesregierung nimmt dies zum Anlass, den bisherigen Staatsvertrag mit dem Landesverband Deutscher Sinti und Roma Hessen auch in Zukunft fortzuführen, um Unterstützung in den Bereichen des wirtschaftlichen, sozialen, politischen und kulturellen Lebens anzubieten und um Gleichheit zwischen den Angehörigen der Mehrheit und der Minderheit zu fördern. Die wesentlichen Inhalte des bisherigen Staatsvertrages haben sich bewährt und werden fortgeschrieben.

Mit diesem Staatsvertrag wird die Unterstützung der Arbeit der Geschäftsstelle des Landesverbandes der Deutschen Sinti und Roma ab dem Jahr 2025 institutionell um 200.000 € angehoben und dann konkret mit 500.000 € gefördert. Für die Jahre 2023 und 2024 bleibt es beim dem

bisherigen Betrag in Höhe von 300.000 €. Projekte des Landesverbandes sollen – wie bisher – mit 54.000 € pro Jahr unterstützt werden.

Der Landesverband hat im Rahmen seiner Evaluation des Staatsvertrages einen finanziellen Mehrbedarf formuliert. Dieser wird mit steigendem Bedarf an Beratung für Angehörige der nationalen Minderheit, einer geeigneten Leitungsperson für die Dauerausstellung, notwendiger Öffentlichkeitsarbeit, Verwaltungsmehrarbeit und Bedarf an juristischer Expertise begründet.

Für die Konzeption einer Dauerausstellung sind im Haushalt seit 2016 bei der Hessischen Landeszentrale für politische Bildung einmalig 300.000 € eingestellt, die mittlerweile in das Haushaltsjahr 2022 übertragen wurden. Die Betriebskosten der Dauerausstellung sind bisher mit jährlich 50.000 € ausgewiesen. Der Landesverband hat mittlerweile einen Vorvertrag mit der Stadt Darmstadt für die Anmietung von entsprechenden Räumlichkeiten in einem Bürogebäude der Stadt Darmstadt in der Grafenstraße 30 unterzeichnet. Das Gebäude muss kernsaniert werden. Die Fertigstellung ist derzeit für Mitte 2024 geplant. Daher soll die institutionelle Förderung ab dem Jahr 2025 erhöht werden.

Die Mietkosten für das Objekt Grafenstraße 30, in das auch die Geschäftsstelle des Landesverbandes selbst einziehen soll, werden voraussichtlich 90.000 € pro Jahr betragen. Die Stadt Darmstadt will sich mit 40.000 € pro Jahr an den Mietkosten sowie anteilig an den Betriebskosten beteiligen. Der bislang im Haushalt des Landes veranschlagte jährliche Betrag von 50.000 € für den Betrieb der Ausstellung wäre als Mietanteil des Landes somit bereits aufgezehrt. Daher soll dieser jährliche Betrag ab 2025 ebenfalls auf 150.000 € angehoben werden.

B. Zu den einzelnen Vorschriften:

§ 1

Die Vorschrift enthält die für das Wirksamwerden des Staatsvertrages erforderliche Zustimmung des Landtages und verleiht dem Staatsvertrag Gesetzeskraft.

§ 2

Die Vorschrift regelt das Inkrafttreten des Gesetzes.

Wiesbaden, 28. Juli 2022

Der Hessische Ministerpräsident
Boris Rhein

Anlage

VERTRAG

zwischen dem Land Hessen

und dem

Verband Deutscher Sinti und Roma,
Landesverband Hessen

Das LAND HESSEN, (im Folgenden: das Land)
vertreten durch den Ministerpräsidenten,

und

der VERBAND DEUTSCHER SINTI UND ROMA, LANDESVERBAND HESSEN,
vertreten durch den Vorstandsvorsitzenden, (im Folgenden: der Landesverband)

schließen folgenden Vertrag:

Präambel

- (1) Das Land ist sich der mehr als 600-jährigen Geschichte der deutschen Sinti und Roma bewusst.
- (2) Die deutschen Sinti und Roma stellen innerhalb der Bundesrepublik Deutschland eine anerkannte nationale Minderheit dar und stehen unter einem besonderen staatlichen Schutz. Besonders schutzbedürftig ist ihre ethnische, kulturelle, sprachliche und religiöse Identität. Grundlage hierfür ist das Rahmenübereinkommen des Europarats zum Schutz nationaler Minderheiten vom 1. Februar 1995 (BGBl. 1997 II S. 1408). Dieser Vertrag wurde von der Bundesregierung und dem Land Hessen unterzeichnet.
- (3) Durch die Verfolgung und den Völkermord während der Herrschaft der Nationalsozialisten ergibt sich eine historische und politische Verantwortung gegenüber den Angehörigen dieser Minderheit.
- (4) Das Land nimmt dies zum Anlass, auf Grundlage des bisher bestehenden Rahmenvertrages einen Staatsvertrag mit dem Landesverband zu schließen, um weiterhin Maßnahmen zu unterstützen, die dazu beitragen, in möglichst allen Bereichen des wirtschaftlichen, sozialen, politischen und kulturellen Lebens in Hessen die vollständige und tatsächliche Gleichheit zwischen den Angehörigen der Minderheit und den Angehörigen der Mehrheit zu fördern. Das Ziel der Gleichheit für die Minderheit der Sinti und Roma soll unter Wahrung ihrer Identität erreicht werden.
- (5) Auf der Grundlage dieses Vertrages bekräftigt das Land seinen Willen, auch in den kommenden Jahren weiterhin geeignete Maßnahmen und Projekte zu fördern, die die Lebensbedingungen von Sinti und Roma verbessern.
- (6) Bei der Umsetzung dieses Vertrages und der im Rahmenübereinkommen des Europarates zum Schutz nationaler Minderheiten und der in der Europäischen Charta der Regional- und Minderheitensprachen vom 16. Oktober 1998 (ABl. EU Nr. C 287 S.106) formulierten Grundsätze, wird die Landesregierung vom Landesverband beraten und unterstützt.

Artikel 1

Grundlage des Staatsvertrags zwischen dem Land und dem Landesverband in den Artikeln 2 bis 4 sind das Rahmenübereinkommen des Europarats zum Schutz nationaler Minderheiten und die Europäische Charta der Regional- und Minderheitensprachen sowie die geschichtliche Verantwortung für die nationale Minderheit.

Artikel 2

Zusammenarbeit

(1) Die in der Vergangenheit praktizierte enge Zusammenarbeit zwischen dem Land und dem Landesverband als Interessenvertreter der nationalen Minderheiten wird fortgesetzt. Bei allen Maßnahmen der Hessischen Landesregierung, die die Angelegenheiten der Sinti und Roma in einem besonderen Maße betreffen, wird der Landesverband angehört.

(2) Das für die Angelegenheiten der Minderheit deutsche Sinti und Roma eingerichtete Gremium, das aus jeweils zwei Vertreterinnen und Vertretern der Landesregierung und des Verbands besteht, wird beibehalten. Nach Bedarf können Gäste beispielsweise Vertreter und Vertreterinnen der kommunalen Spitzenverbände und der Kommunen selbst eingeladen werden. Die Hauptaufgaben des Gremiums sind die regelmäßige Evaluierung der Umsetzung der Ziele des Staatsvertrags und der Austausch über aktuelle Fragestellungen der Minderheit und der Mehrheit. Das Gremium trifft sich mindestens einmal jährlich.

Artikel 3

Gesellschaftliche Beteiligung

(1) Der Landesverband betreut und berät – bei Bedarf und Beauftragung – Angehörige der nationalen Minderheit mit dem Ziel der Chancengleichheit und Teilhabe in allen gesellschaftlichen Bereichen. Die Vertretung erfolgt über die hessische Geschäftsstelle.

(2) Das Land legt Wert darauf, dass die Angehörigen der Minderheit als autochthone und heterogene Gruppe in Hessen anerkannt sind und frei von Anfeindungen ihre Traditionen und ihre Identität pflegen können.

(3) Jede Person, die einer nationalen Minderheit angehört, hat das Recht, frei zu entscheiden, ob sie als solche behandelt werden möchte oder nicht; aus der Entscheidung der Ausübung der mit dieser Entscheidung verbundenen Rechte dürfen ihr keine Nachteile erwachsen.

Artikel 4

Sprache, Erziehung, Kultur

(1) Das Land legt großen Wert auf den Erhalt und den Schutz der Sprache der Sinti und Roma. Romanes ist eine in Hessen geschützte Sprache im Sinne der Europäischen Charta der Regional- und Minderheitensprachen und Ausdruck des kulturellen

Reichtums. Die Unterzeichner würdigen den Umstand, dass Hessen wesentlich dazu beigetragen hat, dass die Sprache Romanes im gesamten Bundesgebiet geschützt ist. Hessen hat 35 Schutz- und Förderbestimmungen aus Teil III der Charta anerkannt.

(2) Das Land wird sich weiterhin intensiv dafür einsetzen, das Bildungsangebot für jugendliche und erwachsene Sinti und Roma zu verbessern, um Chancengleichheit für die Angehörigen der Minderheit auf allen Bildungsstufen (Kindertagesstätten, Schulen und Hochschulen) herzustellen. Vom Landesverband für die einzelnen Bildungsebenen entwickelte ergänzende Maßnahmen und Projekte werden begrüßt und im Rahmen der finanziellen Möglichkeiten unterstützt. Das Land appelliert an die einzelnen Bildungsträger bei Maßnahmen und Projekten mit den Vertretern des Landesverbandes zusammen zu arbeiten.

Soweit Bedarf besteht, sollen Schulen zielgruppenspezifische Fördermaßnahmen für Kinder von Sinti und Roma anbieten. Der Übergang von der Schule zum Beruf soll durch geeignete Maßnahmen unterstützt werden. In beiden Bereichen soll der Landesverband angemessen beteiligt werden.

(3) Der Landesverband trifft erforderliche Maßnahmen, um die Sprache der nationalen Minderheit zu fördern.

Artikel 5

Geschichte und Bildung

Das Land hält daran fest, im Rahmen der Bildungsplanung in den Kerncurricula der Vermittlung der Geschichte der Sinti und Roma sowie des Völkermords in der Zeit des Nationalsozialismus einen besonderen Stellenwert einzuräumen. Antiziganismus als besondere Erscheinungsform des Rassismus und der gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit ist die Grundlage der Diskriminierung von Sinti und Roma. Im Rahmen der bildungsplanerischen Gestaltungsspielräume haben Schulen die Möglichkeit, Lerninhalte zum Zusammenleben von Menschen und Gruppen unterschiedlichster Herkunft beziehungsweise kultureller Prägung zu erarbeiten. Hier wird empfohlen, die gleichberechtigte Beteiligung von Sinti und Roma in der Gesellschaft und Antiziganismus als Erscheinungsform des Rassismus im Unterricht zu thematisieren. Der Geschichts- beziehungsweise Politik- und Wirtschaftsunterricht schließt – ausgehend von den hessischen Kerncurricula – das Thema der Verfolgung und Ermordung der Sinti und Roma als exemplarisches Thema mit ein.

Artikel 6

Maßnahmen gegen Diskriminierung und Vorurteile

(1) Dem Land ist es wichtig, dass Sinti und Roma vor Handlungen geschützt werden, die ihre ethnische, kulturelle, sprachliche und religiöse Identität beeinträchtigen.

(2) Das Land setzt sich zusammen mit dem Landesverband dafür ein, Diskriminierung und Ausgrenzung durch geeignete Maßnahmen entgegenzuwirken. Ziel ist, Wissensdefizite über der Geschichte der Sinti und Roma sowie der Verfolgungsmaßnahmen in der Zeit des Nationalsozialismus nach Möglichkeit auf allen Bildungsebenen und in Behörden abzubauen und einen Geist der Toleranz und der

gegenseitigen Achtung herzustellen.

Das Land legt Wert darauf, dass Behörden sich auf die Belange der Sinti und Roma einstellen und ihr Handeln vorurteilsfrei danach ausrichten. Diskriminierende Minderheitenkennzeichnungen im Sprachgebrauch und bei der Aktenführung sind zu unterlassen. Auf die Zugehörigkeit zu der Minderheit darf intern und extern - insbesondere bei öffentlichen Mitteilungen über Beschuldigungen - nicht hingewiesen werden, es sei denn, sie ist für das Verständnis des Sachverhaltes zwingend erforderlich.

Artikel 7

Finanzielle Leistung des Landes Hessen

(1) In Anerkennung der Arbeit des Landesverbandes zahlt das Land Hessen 2023 und 2024 jährlich einen Betrag in Höhe von 300.000 Euro und ab dem Jahr 2025 einen Betrag in Höhe von 500.000 Euro für die Dauer des Vertrages.

(2) Zusätzlich ist ein Betrag von jährlich bis zu 150.000 Euro für den Betrieb der Dauerausstellung zu zahlen, sobald die Kosten der Dauerausstellung nachgewiesen und geprüft sind.

(3) Diese finanzielle Leistung des Landes erfolgt vorbehaltlich der Verabschiedung des jeweiligen Haushaltsplans durch den Hessischen Landtag in zwölf Teilraten.

(4) Diese Zahlung tritt an die Stelle der bisher an den Landesverband der Sinti und Roma in Hessen erbrachten freiwilligen Leistungen.

Artikel 8

Projektförderungen

Vorbehaltlich der Verabschiedung des jeweiligen Haushaltsplans durch den Hessischen Landtag fördert das Land im Rahmen der in den jeweiligen Haushaltsjahren ausgewiesenen Mittel Projekte zur Aufklärung über die Geschichte, die Kultur und das Schicksal der Sinti und Roma. Die Projekte sollen dazu beitragen, ein Zusammenleben mit anderen Bevölkerungsgruppen herzustellen, das konfliktfrei und von gegenseitiger Achtung geprägt ist.

Artikel 9

Förderung auf der kommunalen Ebene

(1) Das Land appelliert an alle Hessischen Kommunen, Anliegen der Sinti und Roma offen und fair zu behandeln. Maßnahmen, die die Eigenständigkeit beeinträchtigen oder einschränken könnten, sind zu vermeiden. Dieser Appell ist verbunden mit der Aufforderung, auf kommunaler Ebene bei Bedarf Projekte in Bezug auf Sprache, Bildung, Kultur und gegen Diskriminierung zu fördern und dabei eng mit dem Landesverband zusammenzuarbeiten.

(2) Das Land Hessen begrüßt den Aufbau einer Beratungsstruktur mit den Kommunen durch den Landesverband.

Artikel 10

Friedhofswesen

(1) Unter der Herrschaft der Nationalsozialisten wurden Sinti und Roma familienweise in Konzentrationslagern systematisch ermordet und nicht in Gräbern bestattet. Überlebenden des Holocaust, die in ihren Heimatgemeinden bestattet sind, wird zum Gedenken aller die „Ewige Ruhe“ ermöglicht. Zu diesem Zweck wurde eine Bund-Länder-Vereinbarung zum Erhalt der Gräber der unter der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft verfolgten Sinti und Roma geschlossen. Die aus dieser Vereinbarung entstehenden Kosten tragen Bund und Länder jeweils zur Hälfte.

(2) Das Land appelliert vor dem Hintergrund der Verfolgungsmaßnahmen und des Völkermordes an den Sinti und Roma an die Friedhofsträger, Rücksicht auf die besonderen Belange der betroffenen Familien zu nehmen, insbesondere im Hinblick auf die Zulassung der Bestattung in Grüften.

Artikel 11

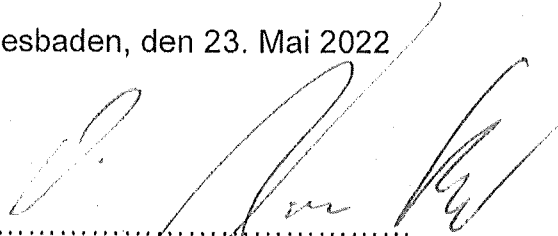
Inkrafttreten


(1) Dieser Vertrag gilt bis zum Ablauf des 31. Dezember 2032. Land und Landesverband vereinbaren, auf Basis der bis dahin gemachten Erfahrungen, eine Anschlussregelung zu prüfen.

(2) Der Vertrag bedarf der Zustimmung der Landesregierung und des Landtags sowie der satzungsmäßig zuständigen Gremien des Verbandes.

(3) Art. 7 Abs. 1 dieses Vertrages tritt am 1. Januar 2023 in Kraft. Im Übrigen tritt der Vertrag am ersten Tag des Monats in Kraft, der auf die Verkündung des Gesetzes zu dem Vertrag zwischen dem Land Hessen und dem Verband Deutscher Sinti und Roma, Landesverband Hessen, folgt.

Wiesbaden, den 23. Mai 2022


.....
Volker Bouffier
Der Ministerpräsident
des Landes Hessen


.....
Adam Strauß
Der Vorstandsvorsitzende
des Verbandes Deutscher Sinti und
Roma, Landesverband Hessen